

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ratsbetreuender Fachbereich: <b>1 - Allgemeine Verwaltung</b> <b>Verwaltungssteuerung</b>	Datum 04.10.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am 20.09.2001</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:04 Uhr - 18:40 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Inhalt</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 03.07.2001 - öffentlicher Teil - 490/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 6. Mitgliedschaften;  
hier: Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in der Fluglärmkommission 498/2001**

7. **Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach I ( Alt Gladbach )**  
*548/2001*
8. **Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II ( Bensberg )**  
*547/2001*
9. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen 2001**  
*470/2001 und 636/2001*
- 9a. **Antrag des Caritasverbandes e.V. sowie des Amtes für Diakonie vom 26.07.2001 auf ergänzende kommunale Mittel zur Förderung des Beschäftigungsprojektes „ Fahrradwerkstatt “, eine Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG ( Bundessozialhilfegesetz )**  
*505/2001*
10. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**  
*513/2001*
12. **Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften der Stadt Bergisch Gladbach an den Euro**  
*614/2001*
13. **Änderung der Rechnungsprüfungsordnung**  
*599/2001*
14. **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzepts 2002 der Stadt Bergisch Gladbach**  
*512/2001*
15. **Änderung Nr. 119 / 1334 - Friedhofserweiterung Paffrath - des FNP - Beschluss der Änderung -**  
*570/2001*
16. **Bebauungsplan Nr. 26 - Klutstein - 1. Vereinfachte Änderung - Beschluss als Satzung -**  
*569/2001*

17. **Bebauungsplan Nr. 5482 - Welscher Heide - 2. Vereinfachte Änderung**  
- **Beschluss zur Aufstellung -**  
- **Beschluss als Satzung -**  
*588/2001*
  
18. **Bebauungsplan Nr. 126/2 - Birkerhöhe - 2. Vereinfachte Änderung**  
- **Beschluss als Satzung -**  
*586/2001*
  
- 19.1 **Antrag auf Umbesetzung in Ratsausschüssen und Benennung von Vertreterinnen/Vertreter zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach in Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen**  
*610/2001*
  
- 19.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2001 auf Umbesetzung in den Ratsausschüssen**  
*611/2001*
  
- 19.3 **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 03.09.2001 zur Umbesetzung in den Ratsausschüssen**  
*612/2001*
  
- 19.4 **Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2001 zum Vorsitz im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**  
*617/2001*
  
- 19.5 **Antrag der SPD- Fraktion vom 11.09.2001 auf Umbesetzung im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und im Planungsausschuß**  
*637/2001*
  
20. **Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2001 zur Teilnahme städtischer Schulen am Modellprojekt "Selbständige Schule - NRW Schule 21"**  
*609/2001*
  
- 20a. **Antrag der SPD- Fraktion vom 10.09.2001 zur Haushaltskonsolidierung**  
*638/2001*
  
11. **Einwohnerfragestunde**
  
5. **Information des Eurobeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach zum Euro**

**21. Anfragen der Ratsmitglieder**

**A**                    **Öffentlicher Teil**

**1.**                    **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt für die heutige Sitzung folgende relevante Unterlagen:

1. die Einladung vom 06.09.2001 mit den beigefügten Vorlagen,
2. das Anschreiben vom 13.09.2001 mit seinen Anlagen,
3. eine Tischvorlage mit ergänzenden Sitzungsunterlagen.

Im Anschluß daran werden Frau Elke Lehnert, Herr Michael Kremer und Herr Stefan Schüller in den Rat eingeführt und anhand der hierfür vorgesehenen Verpflichtungsformel feierlich verpflichtet.

Danach schlägt Bürgermeisterin Opladen vor, den Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2001 auf Umbesetzung im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und im Planungsausschuß unter Tagesordnungspunkt 19 des öffentlichen Teiles als Ziffer 5 zu behandeln. Hierüber besteht Einvernehmen.

Im Anschluß daran bittet sie darum, den Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2001 zur Haushaltskonsolidierung als dringlich zu bewerten und die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern. Die Bürgermeisterin und die Verwaltung seien gegenüber dem, was die SPD in ihrem Schreiben vorschläge, bereits ein Stück weiter. Wenn die Politik auf das Vorgehen noch Einfluß nehmen wolle, müsse dies schnell geschehen. Hieraus ergebe sich die Dringlichkeit. Die Stellungnahme zum Antrag habe dem Schreiben vom 13.09.2001 aus Zeitgründen nicht beigefügt werden können, weshalb diese von ihr mündlich vorgetragen werde, sofern der Rat einer Behandlung zustimme. Die Stellungnahme gebe den aktuellen Sachstand wieder und ermögliche eine sachgerechte Entscheidung.

Es besteht Einvernehmen im Rat, daß der Antrag dringlich ist und eine Behandlung als Punkt 20 a im öffentlichen Teil erfolgt.

Weiterhin sei es notwendig, über eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung hinsichtlich Dachsanierungen im Schulzentrum Saaler Mühle zu befinden. Es wird Einvernehmen erzielt, daß diese Verpflichtungsermächtigung unter Punkt 9 des öffentlichen Teiles mit beschieden wird.

Danach wird übereinstimmend festgestellt, daß eine Erweiterung der Tagesordnung auch hinsichtlich des Antrages der CDU-Fraktion vom 18.09.2001 zur Einrichtung und zum Betrieb einer Fahrradwerkstatt gerechtfertigt ist, da eine Dringlichkeit für die Entscheidung besteht. Auf Vorschlag von Bürgermeisterin Opladen erfolgt eine Behandlung des Antrages als Punkt 9 a im öffentlichen Teil.

Im Anschluß daran teilt sie mit, daß der Rechnungsprüfungsausschuß in seiner Sitzung am 12.09.2001 die Entscheidung über eine Änderung der Rechnungsprüfungsordnung zurückgestellt habe. Es solle zunächst geklärt werden, ob das Rechnungsprüfungswesen wieder in Rechnungsprüfungsamt umbenannt werden könne. Punkt 13 des öffentlichen Teiles sei daher von der Tagesordnung abgesetzt.

Zuletzt wird auf Vorschlag von Bürgermeisterin Opladen Einvernehmen erzielt, daß der unter Punkt 5 vorgesehene Vortrag zur Eurobargeldeinführung nach der Abhandlung des Punktes 11 – Einwohnerfragestunde – erfolgt, um diesen Vortrag nicht ggf. unterbrechen zu müssen.

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 03.07.2001 - öffentlicher Teil -**

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Bericht hinsichtlich der Punkte 21 und 33. Ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Neuheuser ergänzt zu Punkt 34, daß dem Finanzausschuß in seiner Sitzung am 04.09.2001 kein Nutzungskonzept vorgelegen habe. Die Entscheidung über den Antrag der KIDinitiative vom 07.03.2001 sei verschoben worden, bis ein Sanierungskonzept vorliege.

Es besteht Einvernehmen, daß der Durchführungsbericht in diesem Punkt zu korrigieren ist.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

a) Förderaktivitäten der Kreissparkasse

Bürgermeisterin Opladen dankt der Kreissparkasse Köln für ihr im Jahr 2000 geleistetes finanzielles Engagement.

Herr Dr. Fischer ist darüber verwundert, daß die Gewerbesteuerzahlungen für 2000 als Fördermaßnahme deklariert wurden. Er bittet um eine Erklärung.

Bürgermeisterin Opladen stellt fest, daß die Gewerbesteuerzahlungen nicht in diese Auflistung hinein gehören. Der Betrag sei daher von der Gesamtsumme abzuziehen.

Herr Ziffus fragt an, inwieweit die Mittel aus der Kultur- und Umweltstiftung für ökologische Projekte eingesetzt wurden.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß es Projekte gegeben habe, für die ein Antrag auf Förderung aus Mitteln der Kultur- und Umweltstiftung bestand. Allerdings sei eine Berücksichtigung nicht möglich gewesen. Die in der Anlage 3 der Vorlage aufgeführten Teilbeträge seien alle in rein kulturelle Projekte geflossen.

Im übrigen nimmt der Rat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

b) Bericht über die Haushaltssituation der Stadt Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen gibt bekannt, daß sie ihre ursprünglich an dieser Stelle vorgesehenen Ausführungen zu Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung unter Punkt 20 a des öffentlichen Teiles machen werde.

6. **Mitgliedschaften;**  
**hier: Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in der Fluglärmkommission**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Der Fachbereichsleiter 7 – Umwelt und Technik – wird als stellvertretendes Mitglied in die Fluglärmkommission für den Verkehrsflughafen Köln/Bonn entsandt.**

7. **Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk Bergisch Gladbach I ( Alt Gladbach )**

Frau Wöber-Servaes begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Herr Karl Wöber wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk Bergisch Gladbach I ( Alt Gladbach ) gewählt.**

Frau Wöber-Servaes kehrt an ihren Platz zurück.

8. **Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk Bergisch Gladbach II ( Bensberg )**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Frau Ruth Niesert wird zur Schiedsfrau für den Schiedsbezirk Bergisch Gladbach II gewählt.**

**Herr Karl – Walter Faßbender wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk Bergisch Gladbach II gewählt.**

9. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen 2001**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 in Höhe von 1.224.334,-- DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.**

**2. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2001 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.004.915,22 DM werden gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.**

**3. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen**

Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2001 in Höhe von 400.000,-- DM wird gemäß § 84 Abs. 1 GO NW erteilt.

9a. **Antrag des Caritasverbandes e.V. sowie des Amtes für Diakonie vom 26.07.2001 auf ergänzende kommunale Mittel zur Förderung des Beschäftigungsprojektes „Fahrradwerkstatt“, eine Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG (Bundessozialhilfegesetz)**

Frau Bendig weist auf die Behandlung des Antrages in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) am 13.09.2001 hin. Dort sei dem Rat eine einstimmige Beschlußempfehlung unterbreitet worden.

Die Nachfrage von Frau Schmidt-Bolzmann hinsichtlich der Finanzierung des Projektes beantwortet Stadtkämmerer Kotulla mit dem Hinweis auf die Sachdarstellung der Vorlage 505/2001 zum Antrag.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

**Beschluß:**

1. Die Träger Caritasverband e.V. und Amt für Diakonie werden mit der Durchführung des Projektes „Fahrradwerkstatt“ beauftragt.
2. Mit den Trägern wird eine Leistungsvereinbarung zunächst bis zum 31.12.2003 geschlossen. Eine Entscheidung über die Fortführung der Bezuschussung soll dann im Herbst 2003 auf der Grundlage eines Erfahrungsberichtes erfolgen, der von den Trägern bis zum 15.07.2003 vorzulegen ist.

10. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gem. § 26 Abs. 2 Eig-VO die Bilanz zum 31.12.1999 in Aktiva und Passiva mit 12.573.601,84 DM und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust in Höhe von 6.374.146,89 DM fest, der Betriebskostenzuschuß 1999 aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Höhe von 5.990.000,00 DM ist dabei nicht

berücksichtigt.

2. Der Lagebericht 1999 wird gem. § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.
3. Der aus der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Betriebskostenzuschuß resultierende Jahresverlust 1999 in Höhe von 384.146,89 DM wird gem. § 10 Abs. 6 EigVO auf die neue Jahresrechnung 2000 vorgetragen. Der Verlustvortrag beträgt damit einschließlich des Verlustes 1998 in Höhe von 1.956.834,59 DM insgesamt 2.340.981,48 DM.

12. **Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften der Stadt Bergisch Gladbach an den Euro**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Die Erste Artikelsatzung zur Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften der Stadt Bergisch Gladbach an den Euro wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

13. **Änderung der Rechnungsprüfungsordnung**

Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt.

14. **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2002 der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die nach § 53 des Landeswassergesetzes NW gegebene Abwasserbeseitigungspflicht auf der Grundlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes – Fortschreibung 2002 – in der Fassung vom 13.08.2001 zu vollziehen.

15. **Änderung Nr. 119 / 1334 - Friedhofserweiterung Paffrath - des FNP - Beschluss der Änderung-**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung 119/1334 – Friedhofserweiterung Paffrath – des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigelegt (§ 5 Abs.5 BauC

16. **Bebauungsplan Nr. 26 - Klutstein - 1. Vereinfachte Änderung**  
**- Beschluss als Satzung-**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Der Bebauungsplan Nr. 26 – Klutstein – 1.Vereinf. Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen

17. **Bebauungsplan Nr. 5482 - Welscher Heide - 2. Vereinfachte Änderung**  
**- Beschluss zur Aufstellung-**  
**- Beschluss als Satzung-**

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende

**Beschlüsse:**

- I. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 5482 – Welscher Heide – 2.Vereinf. Änderung als verbindlicher Bauleitplan aufzustellen.

Der Bebauungsplan erfasst eine als öffentlich festgesetzte Fußwegfläche an der Ecke Südostecke des Grundstücks Schloßfeldweg/Reiser.

- II. Der Bebauungsplan Nr. 5482 – Welscher Heide – 2.Vereinf. Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen.

18. **Bebauungsplan Nr. 126/2 - Birkerhöhe - 2. Vereinfachte Änderung**  
**- Beschluss als Satzung-**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Der Bebauungsplan Nr. 126/2 - Birkerhöhe – 2.Vereinf. Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen

19.1

**Antrag auf Umbesetzung in Ratsausschüssen und Benennung von Vertreterinnen/Vertreter zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach in Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Dem Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2001 auf Umbesetzung in den Ratsausschüssen und Benennung von Vertreterinnen/Vertretern zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach in Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen wird stattgegeben.

19.2

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2001 auf Umbesetzung in den Ratsausschüssen**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2001 auf Umbesetzung in den Ratsausschüssen wird zugestimmt.

19.3

**Antrag der Fraktion KIDInitiative vom 03.09.2001 zur Umbesetzung in den Ratsausschüssen**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Dem Antrag der Fraktion KIDInitiative vom 03.09.2001 zur Umbesetzung in den Ratsausschüssen wird zugestimmt.

19.4 **Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2001 zum Vorsitz im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2001 wird das Mitglied des Rates Michael Kremer Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.**

19.5 **Antrag der SPD- Fraktion vom 11.09.2001 auf Umbesetzung im Ausschuß für Umwelt und Landschaft und im Planungsausschuß**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2001 zur Umbesetzung in Ratsausschüssen wird zugestimmt.**

20. **Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2001 zur Teilnahme städtischer Schulen am Modellprojekt "Selbständige Schule - NRW Schule 21"**

Frau Koshofer und Frau Schmidt-Bolzmann sind verwundert, daß die CDU-Fraktion mit ihrem Schreiben vom 31.08.2001 einen Antrag der FDP-Fraktion aufgreift, der im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.09.2001 zur Behandlung ansteht.

Herr Dehler weist darauf hin, daß eine Bewerbung interessierter Schulen nunmehr bis zum 15.11.2001 erfolgen kann. Daher könnten sich der Ausschuß und der Rat noch ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befassen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Der Antrag wird in den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport überwiesen.**

20a. **Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2001 zur Haushaltskonsolidierung**

Herr Freese erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Nach neuesten Berech-

nungen sei zu befürchten, daß im laufenden Haushalt 2001 ein Finanzloch von etwa 7 bis 8 Mio. DM entstehe, das nicht mehr ausgeglichen werden könne. Notwendig sei ein weitgehender Konsens im politischen Raum für eine Haushaltskonsolidierung. Durch eine neu einzurichtende „Lenkungsgruppe“ seien alle Produkte und die für ihre Erfüllung notwendige personelle Ausstattung auf den Prüfstand zu stellen. Ausgaben seien künftig anhand der tatsächlichen Einnahmen zu orientieren.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß sie die Fraktionen und den Finanz- und Liegenschaftsausschuß bereits frühzeitig über die Haushaltsprobleme informiert habe. Das Land habe inzwischen seinen neuen Haushalt in die Beratungen eingebracht. Aus dem Entwurf sei festzustellen, daß der Stadt nochmals erhebliche Kürzungen im Bereich der GFG-Zuweisungen drohten. Schon frühzeitig seien Gespräche mit allen Fachbereichen geführt worden, schnell kassenwirksame Verbesserungen zu erreichen. Dieses Ziel sei mit den Summen von 5,8 Mio. DM für den Haushalt 2001 und etwa 6,3 Mio. DM für den Haushalt 2002 erreicht worden. Eine Liste dieser Sofortmaßnahmen habe sie den Fraktionen übersandt. Diese Maßnahmen reichten jedoch für einen Haushaltsausgleich nicht aus. Aufgrund dessen würden für den Haushalt 2002 die den Fraktionen bereits dargestellten Maßnahmen auf der Grundlage besonderer Finanzierungsmöglichkeiten untersucht. Eine bereits eingerichtete Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung befasse sich derzeit mit den Vor- und Nachteilen eines „Sale & Lease back“. Maßnahmen in diesem Bereich nützten, wenn überhaupt, jedoch nur ein einziges Mal. Dennoch solle man sie ins Auge fassen, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen.

Insgesamt sei die Situation nicht hausgemacht, sondern beruhe auf der Steuerreform des Bundes und einem konjunkturellen Einbruch, wodurch das Wirtschaftswachstum insgesamt beeinträchtigt werde. Zudem sei die Finanzausstattung der Kommunen nicht sachgerecht geregelt. Die konjunkturabhängige Gewerbesteuer sei nicht mehr geeignet, einen Eckpfeiler der kommunalen Finanzen zu bilden. Sie sei fest entschlossen, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden auf diese Problematik hinzuweisen. Absicht sei es, eine strukturelle Gesundung des Haushaltes aus eigener Kraft zu erreichen. Nur auf diese Weise könne sich die Stadt dauerhaft Handlungsspielräume erhalten und ein Haushaltssicherungskonzept vermeiden. Aus diesem Grunde habe sie hausintern bereits eine erneute Produktkritik eingeleitet. Diese werde in zwei Bereichen ablaufen. Zunächst würden alle Fachbereiche, gesteuert durch eine zentrale Einsparungsvorgabe, prüfen, von welchen Leistungen sie sich trennen können bzw. in welchen Bereichen eine Absenkung der Standards möglich sei. Im Auge zu behalten sei hierbei der Einspareffekt auf der einen Seite und die Auswirkungen auf die Bürgerschaft auf der anderen. Weiterhin sei zu prüfen, welche Bereiche für ein Outsourcing bzw. für eine Privatisierung in Frage kommen. Zur Beantwortung dieser Frage sei es denkbar, sich punktuell externer Beratung zu bedienen. Diese Produktkritik werde zentral begleitet. Innerhalb der Verwaltung sei eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Fachbereiches 2 eingerichtet worden, die bereits getagt habe. Erstes Ergebnis sei ein Zeit-Maßnahmenplan. Es werde versucht, dem Rat in seiner Sitzung am 18.12.2001 erste Ergebnisse der Phase 1 vorzustellen, damit diese ggf. noch in die Budgetberatung für 2002 ein-

fließen.

Insgesamt könne ein Projekt zur Erreichung eines strukturellen Haushaltsausgleiches nur stufenweise umgesetzt werden. Sie stimmt der Auffassung der SPD-Fraktion zu, daß eine „Lenkungsgruppe“, die diesen Prozeß begleitet, einzurichten sei. Ein solches Gremium müsse arbeitsfähig sein, weshalb es nicht zu groß gestaltet werden solle. Sie sichert zu, daß notwendige Informationen dieser „Lenkungsgruppe“ zeitnah zuzugingen, damit rechtzeitig in den Fraktionen beraten werden könne. Die zuständigen politischen Gremien würden entsprechend der Zuständigkeitsordnung ebenso frühzeitig mit allen notwendigen Entscheidungen befaßt. Die CDU-Fraktion bewerte in einem Schreiben vom 07.09.2001 die bereits vorgenommene Produktkritik positiv und dränge auf eine Umsetzung. Sie bittet alle Fraktionen, sich in den zu erwartenden schmerzhaften Prozeß einzubringen.

Herr Buchholz sichert die Unterstützung der CDU-Fraktion zu. Es sei wichtig, daß die Prüfungsergebnisse über Einsparpotentiale nach Möglichkeit bereits in den Haushalt 2002 mit einfließen. Die neue „Lenkungsgruppe“ solle so schnell wie möglich installiert werden.

Für Herrn Orth muß die strategische Rolle beim Rat liegen. Dieser sei allerdings auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Verwaltung angewiesen. Er geht davon aus, daß der Antrag seiner Fraktion zunächst in den zuständigen Ausschüssen behandelt wird.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, eine Liste von Vorschlägen zu erarbeiten, über die die zuständigen Ausschüsse und der Rat anschließend zu befinden hätten. Ihre Beauftragung mit einem Projekt zur Haushaltskonsolidierung sei nicht notwendig, da hieran längst gearbeitet werde. Dem Rat werde alles vorgelegt, worüber letztendlich zu entscheiden sei.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß der Städtetag bereits mit Schreiben vom 06.08.2001 auf die sinkenden Gewerbesteuereinnahmen aufmerksam gemacht habe. Der Städtetag sehe die Ursachen hierfür u.a. in den zahlreichen gesetzlichen Möglichkeiten für die Unternehmen, sich der Zahlung der Gewerbesteuer zu entziehen. Dies habe nichts mit dem konjunkturellen Einbruch zu tun. Er möchte wissen, wie Bürgermeisterin Opladen diese Problematik zu berücksichtigen gedenke.

Stadtkämmerer Kotulla sieht ebenfalls in der Aufweichung des Gewerbesteuergesetzes eine Hauptursache für den finanziellen Einbruch. Aufgrund der immer höher geschraubten Freibeträge zahlten inzwischen nur noch 10 % aller Gewerbebetriebe überhaupt Gewerbesteuer. Zum zweiten sei eine Folge der Steuerreform eine Verrechnung der Gewerbesteuer mit der Einkommens- und der Körperschaftssteuer. Dies habe ebenfalls zur Folge, daß kaum noch Gewerbesteuer gezahlt werde. Der Städtetag strebe eine Revitalisierung der Gewerbesteuer u.a. durch die Aufnahme der Freiberufler an. Dies setze jedoch lediglich den bereits bekannten Prozeß erneut in Gang und führe auf Dauer zu keinen Ergebnissen. Notwendig sei eine grundlegende Reform, die keines verfassungsrechtlichen Eingriffes bedürfe. Es gebe genügend Modelle, die den Bürger mit keiner einzigen Mark zusätzlich belasteten.

Herr Freese betont, daß die neue „Lenkungsgruppe“ alle bestehenden Aufgaben sichtet und der Verwaltung von vorneherein ihre Position hinsichtlich einer Beibehaltung kundtut. Er bittet darum, daß die Schaffung der „Lenkungsgruppe“ Gegenstand der kommenden Sitzung des Hauptausschusses ist.

Bürgermeisterin Opladen möchte nicht bis zum Hauptausschuß warten. Sie hält es für sinnvoll, daß die Fraktionen sich im Vorfeld untereinander einigen und empfiehlt zu diesem Zweck eine Zusammenkunft noch vor den Herbstferien.

Frau Ryborsch erinnert an den Beschluß des Hauptausschusses vom 11.09.2001 zur Beteiligung der Stadt an einem Gutachten für die Realisierung eines Autobahnanschlusses. Es sei bereits jetzt an die Streichung wesentlich kleinerer Beträge in anderen Bereichen gedacht. Sie sichert dennoch die Mitwirkung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Bürgermeisterin Opladen geht davon aus, daß die Realisierung eines Anschlusses an das Merheimer Kreuz die Refrather Verkehrsprobleme mit einem Schlag löst.

Herr Dr. Fischer sieht den Finanzierungsbedarf des Haushaltes einschließlich aller Eigenbetriebe mit Ausnahme der Abfallwirtschaft und des Abwasserwerkes zwischen 25 und 30 Mio. DM. Insoweit sei ein Handeln dringend erforderlich. Die FDP-Fraktion werde sich an der neuen „Lenkungsgruppe“ aktiv und initiativ beteiligen.

Für Herrn Dr. Kassner ist die Steuergesetzgebung des Bundes vorgegebener Rahmen, innerhalb dessen man sich zu bewegen habe. Er weist darauf hin, daß Sparen nicht immer mit wirtschaftlichem Handeln gleichzusetzen sei. Er bittet darum, hier sorgsam abzuwägen. In diesem Kontext sei auch die Beteiligung der Stadt am Gutachten für den Autobahnanschluß zu sehen.

Herr Neuheuser sichert die Unterstützung der KIDinitiative zu, mahnt allerdings für sensible Bereiche maßvolle Einsparungen an. Er kritisiert, daß sich in der Budgetliste zur Ermittlung der disponiblen Leistungen Beträge befänden, die nicht disponibel seien. Er benennt als Beispiel hierfür die Mittel des Landes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Es besteht Einvernehmen, daß in der durch Bürgermeisterin Opladen beschriebenen Art und Weise verfahren wird und der Antrag der SPD-Fraktion damit erledigt ist.

## 11. Einwohnerfragestunde

a) Anfrage zur Auswahl des künftigen Stromversorgers städtischer Einrich-

## tungen

Herr Klaus Hoffmann verliest sein Schreiben vom 06.09.2001 zur o.g. Problematik. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen die gestellte Frage. Die Antwort ist der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt.

b) Einwohneranfrage zur Beibehaltung der Tempo-30-Zone in den Straßen „In der Auen“ und „Beningsfeld“

Bürgermeisterin Opladen weist auf die ihr am 19.09.2001 überreichten Fragen zur o.g. Problematik hin. Die beiden Schreiben vom 19.09.2001 sind der Niederschrift als Anlage beigefügt. Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit habe die Verwaltung die Antwort auf die Fragen der Fragen für die heutige Ratssitzung nicht vorbereiten können. Sie verweist daher auf eine schriftliche Beantwortung. Herr Martin Böller von der Bürgerinitiative „Wohnstraßen In der Auen und Beningsfeld“ ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Frau Susanne Kober von der Bürgerinitiative verliest die in den Schreiben enthaltenen Fragen V und VI.

Das Antwortschreiben an die Bürgerinitiative wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5. **Information des Eurobeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach zum Euro**

Der Beauftragte für die Einführung des Euro in der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Wertenbruch, erläutert in einem Lichtbildvortrag die Modalitäten der Eurobargeldeinführung zum 01.01.2002.

Dieser Vortrag wird vom Rat zustimmend zur Kenntnis genommen.

21. **Anfragen der Ratsmitglieder**

- a) Schriftliche Anfragen der CDU-Fraktion vom 12.09.2001 zu einer Bauvoranfrage für den Bereich der unteren Hauptstraße/Stationsstraße/Poststraße und zur Erteilung einer Baugenehmigung im Gewerbegebiet Locher Mühle.

-----  
-----

Bürgermeisterin Opladen weist auf die allen Ratsmitgliedern vorliegen-

den Schreiben der CDU-Fraktion und deren Beantwortung durch die Verwaltung hin.

Diese werden vom Rat zur Kenntnis genommen.

- b) Anfrage zum Fragenkatalog der Bürgerinitiative „Wohnstraßen In der Auen und Beningsfeld“

-----  
-----

Herr Freese bittet darum, die Beantwortung der durch die o.g. Bürgerinitiative gestellten Fragen allen Ratsmitgliedern zur Kenntnis zu geben.

Bürgermeisterin Opladen sichert dies zu.

- c) Anfrage zu Kürzungsabsichten des Landes zu Lasten der Kommunen

-----

Frau Wöber-Servaes weist darauf hin, daß das Land im Rahmen von dessen Haushalt für das Jahr 2002 plane, erhebliche Kürzungen zu Lasten der Kommunen vorzunehmen. Betroffen seien folgende Bereiche:

1. Die Auszahlung von Mitteln aus dem Unterhaltsvorschußgesetz. Hier beabsichtige das Land eine Reduzierung seines Anteiles von bisher 50 % auf 20 %. Es handele sich ohnehin um keine kommunale Aufgabe. Es erwachse hieraus eine zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes von 97.000 Euro.
2. Für die kommunalen Kinder- und Jugendeinrichtungen seien Kürzungen von 13 Mio. Euro vorgesehen. Dies bedeute das Aus für das „Ufo“ in Bensberg, da die Stadt eine Nettobelastung von 97.000,- Euro nicht ausgleichen könne.

Sie stellt folgende Fragen:

1. Sei die Stadt in der Lage, diese zusätzlichen Belastungen aufzufangen?
2. Welche Konsequenzen ergäben sich für den Fachbereich 5 – Jugend und Soziales –?

Stadtkämmerer Kotulla bestätigt die Absichten des Landes. Die kommunalen Spitzenverbände hätten sich bereits gegen diese Maßnahmen ausgesprochen und würden dies in den noch folgenden Anhörungen zum Haushalt kundtun. Auch werde auf Landtagsabgeordnete eingewirkt, solchen massiven Einschnitten nicht zuzustimmen. Er bittet alle Ratsmitglieder, die über Kontakte zu Landtagsabgeordneten verfügen, sich gegen die beabsichtigten Kürzungen zu wenden. Er sehe sich nicht in der Lage, die zu erwartenden Einnahmeverluste innerhalb des städtischen

Haushaltes auszugleichen.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß sie den Landtagsabgeordneten Dr. Hans- Joachim Franke im Hinblick auf die zu erwartenden Einschnitte bei den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz angeschrieben und ihn gebeten habe, die Bedenken der Stadt in den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen. Eine Beantwortung dieses Schreibens stehe bislang noch aus.

Herr Hoffstadt vermutet, daß die benannten Kürzungsabsichten die Fraktionsberatungen im Landtag nicht überstehen werden.

Bürgermeisterin Opladen hofft, daß sich zumindest die großen Fraktionen im Landtag in diesen Fragen für die Belange der Kommunen einsetzen.

- d) Anfrage zur Stellungnahme der Bezirksregierung Köln zur Abschaffung der Tempo-30-Zone in den Straßen „In der Auen/Beningsfeld“

-----  
----

Herr Dr. Kassner möchte wissen, ob die Stellungnahme der Bezirksregierung Köln zur Anfrage einer Refrather Bürgerin hinsichtlich der Abschaffung der Zone 30 in den beiden oben benannten Straßen bereits vorliege.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß der Verwaltung noch keine Kopie der Antwort an die Refrather Bürgerin übermittelt wurde. Sie verfüge lediglich über eine Vorabinformation, nach der die Einrichtung der Zone 30 seinerzeit auf politischen Druck erfolgte. Die Bezirksregierung hätte schon damals auf die mit der Einrichtung verbundene Problematik hingewiesen. Die Beibehaltung der Zone 30 in den Straßen sei unzulässig und die Entscheidung des hiesigen Fachausschusses zu deren Abschaffung korrekt.

Sie sichert zu, das Antwortschreiben allen Fraktionen zur Kenntnis zu geben, sobald es der Verwaltung als Durchschrift vorliege.

- e) Anfrage zur Sanierung des Daches einer Turnhalle

-----

Herr Buchholz weist darauf hin, daß in den Sommerferien eine Sanierung des Turnhallendaches der Grundschule Heidkamp erfolgte. Inzwischen sei jedoch das Feuchtigkeitsproblem, das man mit dieser Maßnahme abstellen wollte, wieder aufgetreten. Er bittet um eine Aufklärung des Sachverhaltes und schriftliche Mitteilung.

Die Anfrage von Herrn Buchholz wird schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

|